



Presseschau vom 08.04.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: "Pseudo-Experten": Drosten diffamiert namhafte Kollegen von Harvard, Oxford und Stanford

Einmal wöchentlich wird ein Podcast mit dem in Deutschland sehr bekannten Virologen Christian Drosten veröffentlicht. Diesmal nahm er sich die Wissenschaftler der sogenannten Great-Barrington-Erklärung zur Brust. Laut dem Virologen handele es sich bei den renommierten Kollegen um "Pseudo-Experten". ...

<https://kurz.rt.com/2h5h>

de.rt.com: Kriegsverbrechen: Israel will Urteil des Internationalen Strafgerichtshofs abwenden

Israel bemüht sich laut Medienberichten auf verschiedenen Wegen, die Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs wegen Kriegsverbrechen in den Palästinensergebieten zu vereiteln. Bis im Juni ein neuer Chefankläger die Nachfolge von Fatou Bensouda antritt. ...

<https://kurz.rt.com/2h5o>

Susan Bonath: Eingesperrt: Corona-Maßnahmen führen zu drastischem Ausmaß an Rechtsverstößen in Pflegeheimen

Der Freiheit komplett beraubt im Heim: Seit über einem Jahr sind pflegebedürftige Senioren einem strengen Corona-Regime ausgesetzt. Doch bei der bloßen Umsetzung der repressiven Verordnungsregeln blieb es häufig nicht. Viele Einrichtungen schießen wohl bis heute

gravierend über das Ziel hinaus. ...

<https://kurz.rt.com/2h5y>

Eva Bartlett: Weißhelm-Chef gibt Terror-Verbindung zu – Kanadas Staatsmedien reden von "Russlands Desinformation"

Selbst dann, wenn ein hochrangiger Weißhelm zugibt, dass einige der "Zivilschützer" in Syrien aus den Reihen der Terrormilizen kamen, erntet er ohne Nachfragen von kanadischen Staatssendern Lob und Besorgnis über "russische Desinformation".

<https://kurz.rt.com/2h5x>

de.rt.com: Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte gibt grünes Licht für Zwangsimpfungen

Es ist das erste Mal, dass sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit der Frage von Zwangsimpfungen befasst hat. Laut dem EGMR seien die verordneten Pflichtimpfungen im "besten Interesse" der Gesellschaft. Das Urteil könnte laut Experteneinschätzung bei der Durchsetzung von COVID-Impfungen eine Rolle spielen. ...

<https://kurz.rt.com/2h7k>

Armin Siebert: Russische Firmenübernahme in Deutschland – Wirtschaftskrimi mit geopolitischer Note?

Alles schien unter Dach und Fach, als Mitte Februar gemeldet wurde, dass der weltweit führende russische Aluminiumproduzent Rusal die deutsche Aluminium-Gruppe Rheinfelden in Baden-Württemberg übernimmt. Doch inzwischen entwickelt sich die „Causa Rheinfelden“ zu einem Wirtschaftskrimi mit geopolitischer Note. ...

<https://snanews.de/20210408/russische-firmenuebernahme-in-deutschland-1612362.html>

Anna Schadrina: Deutscher Botschafter sorgt mit Äußerung über Nato-Bombenangriffe auf Jugoslawien für Empörung

Die Äußerungen des deutschen Botschafters in Belgrad Thomas Schieb über die angebliche Notwendigkeit der Nato-Bombenangriffe auf Serbien während des Kosovokrieges haben unter den serbischen Politikern für Empörung gesorgt....

<https://snanews.de/20210408/serbien-nato-bombenangriffe-auf-jugoslawien-deutscher-botschafter-1615941.html>

abends/nachts:

tass.ru: **Eine weitere Sitzung der Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Donbass endete ergebnislos.** Eine entsprechende Erklärung gab der bevollmächtigte Vertreter der RF in der Kontaktgruppe Boris Gryslow ab.

„Die heutige Sitzung der Kontaktgruppe war gerade von Kiew initiiert worden. Die Mitglieder der Kontaktgruppe hatten die Hoffnung, dass im Ergebnis der Sitzung konkrete Schritte zur Realisierung der Zusatzmaßnahmen vorgeschlagen werden. Aber die vierstündige Erörterung endete ergebnislos“, sagte er und fügte hinzu, dass die ukrainischen Vertreter stattdessen „Versuche unternahmen, die genannten Maßnahmen wieder auszuhöhlen und zu verzerren“.

Nach den Worte Gryslows „wurden die konstruktiven, konkreten Vorschläge des Donbass zur Einsetzung eines Mechanismus zur Verifizierung der Verstöße ohne irgendeine Argumentation blockiert“. Er äußerte die Hoffnung darauf, dass die Streitkräfte der Ukraine die Befehle, die in der Erklärung, die auf der Seite des ukrainischen Verteidigungsministeriums veröffentlicht

sind, ausführen werden.

Gryslow unterstrich, dass die ukrainische Seite nach acht Monaten den ersten Schritt zur Einhaltung eines Regimes der Feuereinstellung getan hat. „Die Ukraine hat öffentlich erklärt, dass sie die Maßnahmen zur Feuereinstellung ohne irgendwelche Verzerrungen und Interpretationen unterstützt. Wir begrüßen, dass die Erklärung der Ukraine tatsächlich den Zusatzmaßnahmen entspricht, und aus ihr ist deutlich sichtbar, dass das Feuer nur auf Befehl der Führung der ukrainischen Streitkräfte und der militärischen Formationen des Donbass eröffnet werden darf“, sagte er. Dabei müssen die Verhütung und Verifizierung möglicher Verstöße bei einer bilateralen Zusammenarbeit des Donbass und der Ukraine erfolgen, unterstrich Gryslow.

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Heute, am 7. April 2021, konnte die ukrainische Seite nach acht Monaten endlich einen Schritt tun, den sie im Zeitraum vom 22. bis 27. Juli 2020 hätte tun müssen, und hat eine Erklärung veröffentlicht, die vollständig den Vereinbarungen der Kontaktgruppe vom 22. Juli 2020 entspricht auf der offiziellen Ressource ihres Verteidigungsministeriums veröffentlicht. Wir begrüßen diesen Sachverhalt.

Um Verstöße gegen die Vereinbarungen zu verhindern, haben die Republiken einen Entwurf einer gemeinsamen Erklärung der Kontaktgruppe erstellt und eingereicht, in dem klare praktische Schritte zur Umsetzung der geltenden Redaktion der Maßnahmen angegeben sind. Unter anderem kommt dort eine Konkretisierung der Modalität der Arbeit des Koordinationsmechanismus zur Verhinderung und Verifizierung von Verstößen unter Beteiligung des GZKK in der derzeitigen Zusammensetzung zum Ausdruck.

Aber und leider für uns erwartbar war die ukrainische Seite nur mit dem Zeigen einer „guten Mine zum bösen Spiel“ beschäftigt und nicht mit realen Aktivitäten zur Lösung der Schlüsselfrage: der Gewährleistung des nachhaltigen, vollständigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, das seit dem 21. Juli 2019 gilt, und der Maßnahmen zur seiner Verstärkung vom 22. Juli 2020 in der Praxis.

Der Leiter der ukrainischen Delegation bestand weiterhin auf der unverzüglichen Annahme einer ausgehöhlten und leeren „politischen“ Erklärung über die Bereitschaft, die Zusatzmaßnahmen umzusetzen. Dabei ohne Angabe, welche Seiten für ihre Umsetzung verantwortlich sind.

Wir versuchten einen Kompromiss zu erreichen und schlugen vor, zu erklären, dass der Koordinationsmechanismus im Rahmen der GZKK in der derzeitigen Zusammensetzung seine vollwertige Arbeit ab 00:01 am 8. April wieder aufnimmt. Der Versuch war nicht erfolgreich.

Es ist bemerkenswert, dass am Ende der Sitzung ein sachbezogenes direktes Gespräch der Vertreter der Republik mit dem auf der Sitzung erschienenen Leiter des Büros des Präsidenten der Ukraine, Herrn Jermak, stattfand.

Aber statt einer konstruktiven Erörterung praktischer Handlungen zur Verhinderung von Verletzungen der zuvor von den Seiten unterzeichneten Maßnahmen höhlte der Leiter des Büros des Präsidenten den ukrainischen Vorschlag noch weiter bis auf das Niveau einer absolut leeren Erklärung/Lösung über das „Fehlen von Hindernissen“ für die Umsetzung der Zusatzmaßnahmen aus.

Um die Situation zu korrigieren, schlug die Koordinatorin der OSZE vor, den Mitgliedern der Kontaktgruppe vor, im Ergebnis der Sitzung der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit den Auftrag zu geben, im Rahmen der nächsten Sitzungen einen Entwurf einer gemeinsamen Erklärung zu erarbeiten, um diesen dann zu bestätigen. Aber, wir erinnern daran, dass ein solcher Auftrag bereits zuvor erteilt wurde, nachdem die ukrainische Seite eine vereinbarte gemeinsame Inspektion zur Verifizierung von Verstößen der BFU im Gebiet von Schumy im September des letzten Jahres zum Scheitern gebracht hatte.

(Eine ähnliche Erklärung wurde von der Delegation der LVR bei den Minsker Verhandlungen

abgegeben, Anm. d. Übers.).

snanews.de: **Washington und Bagdad einigen sich auf US-Truppenabzug aus dem Irak**

Die Delegationen der Vereinigten Staaten und des Irak haben sich im Rahmen eines strategischen Dialoges auf den Abzug der US- und Koalitionstruppen aus dem Irak geeinigt. Dies geht aus einer gemeinsamen Erklärung hervor, die auf der Webseite des US-Außenministeriums veröffentlicht wurde.

„Beide Länder haben bestätigt, dass sich die US-Streitkräfte im Irak auf Einladung der irakischen Regierung mit dem Ziel befinden, die Sicherheitskräfte der Republik bei ihrem Kampf gegen den Islamischen Staat zu unterstützen. Aufgrund der zunehmenden Kapazität des IS haben beide Seiten bestätigt, dass sich die Mission der US- und der Koalitionstruppen künftig auf Schulungs- und Beratungsaufgaben konzentrieren wird, was die Verlegung der verbleibenden Streitkräfte aus dem Irak ermöglicht. Der Zeitpunkt dafür wird im Rahmen der zukünftigen Beratungen festgelegt“, heißt es in der Erklärung.

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump hatte im November 2020 einen Teilabzug aus Afghanistan und dem Irak angeordnet und damit sowohl Nato-Partner als auch Politikerinnen und Politiker beider Parteien in den USA verärgert. US-Präsident Joe Biden will zumindest eine kleine Anti-Terror-Einheit in Afghanistan belassen.

Die Spannungen zwischen Washington und Bagdad hatten sich Anfang 2020 massiv verschärft, nachdem die USA bei einem Drohnenangriff nahe Bagdad den iranischen General Ghassem Soleimani sowie einen irakischen Milizenführer getötet hatten. Das irakische Parlament forderte daraufhin den Abzug aller US-Soldaten aus dem Land.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/07/1603220_0:320:3072:2048_1280x0_80_0_0_88922d79e8c073a4b371680ce16707cc.jpg

mil-lnr.info: **Operative Informationen des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR**

Trotz des geltenden Waffenstillstands leiden friedliche Bürger weiter unter der ukrainischen Aggression. Es wurde ein weiterer Fall festgestellt, in dem ein friedlicher Einwohner auf eine Sprengeinrichtung geriet.

Trotz aller Warnungen über Minengefahr ging ein Mann, geb. 1964, um den Weg abzukürzen, durch ein Waldstück entlang des Sewerskij Donez im Gebiet von Sholtoje, wo er auf eine nicht identifizierte Sprengeinrichtung geriet. Nach vorläufigen Informationen ging eine Sprengeinrichtung los, die durch Ferninstallationsmethoden von Kämpfern der 80. Brigade der ukrainischen Streitkräfte installiert worden war.

Der Verletzte wurde mit schweren Splitterverletzungen in das Lugansker republikanische Zentrums für Notfallhilfe gebracht, wo er qualifiziert ärztlich behandelt wird.

Das Kommando der Volksmiliz wendet sich an alle Bürger Republik: Seien Sie vorsichtig, die

Gebiete in der Nähe der Kontaktlinie sind potentiell gefährlich zum Betreten angesichts ihrer ungeordneten Verminung durch Einheiten der ukrainischen Streitkräfte während der aktiven Kampfhandlungen und wegen der anhaltenden Verminung aus der Ferne. Bei der Entdeckung von explosiven Objekten nähern Sie sich diesen auf keinen Fall und berühren Sie diese nicht! Informieren Sie unverzüglich über Telefon die Notfalldienste des Zivilschutzministeriums, des Innenministeriums oder der Militärkommandantur.

de.rt.com: Lawrow: Russland und China werden kein Militärbündnis als Konkurrenz zur NATO in Asien schaffen

Die russisch-chinesischen Beziehungen haben das beste Niveau in ihrer Geschichte erreicht. Die engen Beziehungen beider Länder werden jedoch nicht zur Schaffung eines Bündnisses von Streitkräften führen, sagte Lawrow auf einer Pressekonferenz mit seinem Amtskollegen in Indien.

Obwohl Moskau und Peking eine immer engere Partnerschaft eingehen, sehen die beiden keinen potenziellen Nutzen darin, ein formelles Bündnis gegen den von den USA geführten NATO-Militärblock zu schließen, erklärte der russische Außenminister auf einer Pressekonferenz mit seinem Amtskollegen in Indien.

"Die russisch-chinesischen Beziehungen haben das beste Niveau in ihrer Geschichte erreicht. Diese Beziehungen würden uns nicht dazu bringen, auf die Schaffung eines Bündnisses von den Streitkräften abzuziehen."

Er kritisierte die Debatte um Projekte zur Schaffung einer „NATO im Nahen Osten“ und bemerkte, "in letzter Zeit wird sogar diskutiert, ob eine asiatische NATO gebildet werden soll".

Lawrow erklärte, Russland und Indien hätten sich in dieser Angelegenheit ausgetauscht. "Wir teilen mit unseren indischen Freunden die gemeinsame Position, dass dies kontraproduktiv wäre." Russland sei daran interessiert, dass die Zusammenarbeit inklusiv sei und für etwas, nicht gegen jemand anderen.

Die Beziehungen zwischen Russland und den NATO-Staaten haben sich in den letzten Monaten verschlechtert. Letzte Woche nahm Lawrow Stellung zu dem jüngsten Statement von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Brüssel, worin er Russland vorwarf, seit Sommer 2019 auf Einladung der Sitzungen vom NATO-Russland-Rat nicht positiv reagiert zu haben. Lawrow wies die Vorwürfe zurück und sagte, Russland weigere sich nicht, im Rahmen des NATO-Russland-Rates zu arbeiten, aber "wir wollen einfach nicht dort sitzen und von der Ukraine hören".

Die US-Regierung betrachtet die bilaterale Partnerschaft zwischen den USA und Indien schon längst als ein neues Druckmittel gegen China und Russland. Diese Partnerschaft soll als eine regionale Abschreckungsinitiative gegen die beiden großen Mächte genutzt werden. Dabei geht es den USA insbesondere darum, den wachsenden Einfluss Chinas einzudämmen, indem sie versuchen, die chinesischen Aktivitäten in der indopazifischen Region auf ein Minimum zu beschränken. Indien wird jedoch aufgrund seiner engen Beziehungen zu Russland nicht zu weit mit den USA gehen wollen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/606ddeffb480cc27231349f2.JPG>

Denis-pushilin.ru/dnronline.su: **Auszüge aus der Pressekonferenz mit dem Oberhaupt der DVR Denis Puschilin** (zum Thema Ökonomie wird am Wochenende noch einiges im Wirtschaftsteil erscheinen)

Zur Arbeit der OSZE

Die Arbeit der OSZE-Mission hat sich zum Schlechten gewendet. Die Berichte sind nicht informativ, für einen einfachen Einwohner nicht verständlich. Alles läuft auf trockene Formulierungen heraus, die man beliebig interpretieren kann. Außerdem entsprechend das Mandat der Mission nicht den Handlungen, die sie zur Entdeckung und Registrierung von Verstößen durchführen. Beispielsweise sie sie nicht einmal an den Ort gefahren, wo das Kind in Alexandrowskoje getötet wurde.

Angesichts dessen weiß die Ukraine, dass ihnen alles leicht ist und sie verstärken ihre Aktivität, die zum Tod friedlicher Menschen und zu Zerstörungen führt.

Sie sind nicht unparteiisch, sie nehmen eine offen ukrainische Position ein. Das ist nicht richtig und nicht zulässig. Sie sollten gemäß ihrem Mandat handeln, Sachverhalte feststellen und in Minsk als Vermittler versuchen, Kompromisspunkte zwischen den Meinungen und Positionen der Konfliktseiten, zwischen der Ukraine und dem Donbass zu finden.

Jetzt entsteht bei unseren Verhandlungsteilnehmern manchmal der Eindruck, dass die OSZE uns die ukrainische Position aufdrängt und wir ihr zustimmen sollen. Nein! So funktioniert das nicht! So enden Konflikte nicht und können nicht geregelt werden. Besonders jetzt, wo die Situation angespannt ist. Darüber muss sehr ernsthaft nachgedacht werden.

Zur Einberufung von Wehrpflichtigen.

Die Einberufung ist schon lange geplant. Wir hatten sieben Jahren, wo junge Menschen nicht zu den Streitkräften einberufen wurden. Das ist ein zu großer Luxus für einen kämpfenden Staat und im ganzen im Hinblick auf die folgenden Generationen. Es ist wichtig, dass die Männer mit Waffen umgehen können, militärische Fachkenntnisse haben. Ob sie es brauchen oder nicht – besser wäre es, wenn es in Zukunft nicht gebraucht würde. Aber wie das Jahr 2014 praktisch gezeigt hat, kann es jederzeit zum Krieg kommen. Und dank der Menschen, die den Wehrdienst durchlaufen haben, Erfahrungen mit dem Krieg in Afghanistan hatten, die mit Waffen umgehen konnten, hat der Donbass standgehalten. ...

Die Einberufung bei uns ist probeweise und freiwillig. Dann planen wir zu einer allgemeinen Einberufung überzugehen, wenn wir dazu bereit sind. Diese erste Einberufung ist bei uns nicht groß, insgesamt 200 Personen. Es gibt schon jetzt viel mehr, die dabei sein möchten. Die jungen Leute, die jetzt einberufen werden und ihre militärische Fachausbildung erhalten werden, werden nicht an die Kontaktlinie geraten. Wir werden sie weiter von der Kontaktlinie ausbilden, aber unter Einsatz aller Möglichkeiten, über die wir verfügen.

Diejenigen, die Wehrdienst ableisten, werden die Hochschulen mit staatlicher Unterstützung besuchen können. Die dafür ihre Ausbildung oder Arbeit unterbrechen, werden danach sort weitermachen können.

Für den Dienst im Innenministerium, im Zivilschutzministerium und in den militärischen Strukturen, werden sich nur noch Personen bewerben können, die den Wehrdienst abgeleistet haben. Wenn es eine allgemeine Einberufung geben wird, wird der Wehrdienst die Voraussetzung für alle führenden Positionen im Staatsdienst sein.

Was die allgemeine Mobilisierung betrifft, so gehe ich davon aus, dass es dazu nicht kommen wird. Das ist zur Zeit nicht notwendig. Aber eben zur Zeit.

Unsere Streitkräfte, die Rechtsschutzorgane sind ausreichend organisierte Einheiten, die bereit sind, standzuhalten. Unter Berücksichtigung dessen, was die Ukraine beschließt, werden bei uns entsprechende Entscheidungen getroffen werden.

Was die Reserve betrifft. Diese haben wir auch. Auch sehr viele Freiwillige aus anderen Ländern, die sich an uns wenden.

Wenn es nötig sind, sind auch die Abgeordneten der Staatsduma der RF Andrej Kosenko und Kasbek Tajsajew bereit, die Einwohner des Donbass mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Das ist eine unschätzbare moralische Unterstützung.

Zum Mord an dem Jungen in Alexandrowskoje

Nach einer vorläufigen Ermittlung wurde eine Drohne eingesetzt, von der aus eine Sprengeneinrichtung abgeworfen wurde. Das Kind starb und wurde in einem geschlossenen Sarg begraben. Es ist wichtig, dass davon die hören, die die Ukraine betreuen und kontrollieren. Das ist ein schreckliches Verbrechen, ein Terrorakt.

Zur Situation im Gesundheitswesen

In einigen medizinischen Einrichtungen gab es seit Jahrzehnten keine Reparaturen. Neben Krieg und Zerstörungen ist dort einfach vieles nicht mehr funktionsfähig, es gab keine Mittel für Sanierungen. Jahrelang ging kein Geld an die Medizin.

Ich komme in der Republik viel herum und sehe die Probleme in unseren Krankenhäusern. Vieles tun wir schon, um diese Probleme zu lösen. Im letzten Jahr wurden 650 Mio. Rubel im Rahmen des Programms zum Wiederaufbau und der Entwicklung der DVR an das Gesundheitsministeriums gegeben. Damit wurden Krankenwagen, Ausrüstung wie MRT- und Röntgengeräte, Kardiographen und andere Technik gekauft, bei der ein katastrophaler Mangel war. Es wurden bestimmte Reparaturen in einigen Krankenhäusern erledigt.

In diesem Jahr sollen die Ausgaben für das Gesundheitswesen auf 1 Mrd. Rubel erhöht werden.

snanews.de: Demonstranten protestieren am Flughafen BER gegen Abschiebungen nach Afghanistan

Zahlreiche Demonstranten haben am Mittwochabend am Terminal 5 des Hauptstadtflughafens BER in Schönefeld gegen die Abschiebung Asylsuchender nach Afghanistan protestiert.

Ein Teil der Demonstranten blockierte dabei Zufahrtsstraßen, ein anderer Teil gelangte nach Angaben der Polizeiinspektion Flughafen auf das Betriebsgelände am Südostrand von Berlin. Angemeldet waren der Polizei zufolge 50 bis 75 Personen, allerdings seien am Abend rund 320 bis 350 erschienen; etwa 120 bis 150 von ihnen seien auf das Betriebsgelände vorgedrungen.

Zu den Protesten aufgerufen hatte der Flüchtlingsrat Brandenburg, der für Mittwochabend mit einer Sammelabschiebung nach Afghanistan rechnete. Offiziell bestätigt wurde das jedoch nicht. Nach Angaben eines dpa-Reporters waren Sprechchöre zu hören. Redner kritisierten, durch Abschiebungen nach Afghanistan würden Menschenrechte mit Füßen getreten. Auf Plakaten forderten die Demonstranten, die Abschiebung zu stoppen.

Laut Polizei gab es bei den Protesten weder Angriffe auf Beamte noch Festnahmen. Es sei aber eine Reihe von Platzverweisen ausgesprochen worden. Vor einem Gebäude sei es

außerdem zu einer Rangelei zwischen Demonstranten und Polizisten gekommen. Der Polizeieinsatz dauerte am Abend an.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/15/995708_0:102:3281:1948_1280x0_80_0_0_34b0ec3f442f2a67684c687b26d94206.jpg

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 7. April 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

07:55 Uhr – Luganskoje – **Logwinowo**: Mörser 120mm (1 Mörsergeschoss).

Informationen über Verletzte und der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Russland erwägt Eröffnung eines Büros der Hisbollah in Moskau**

Der russische Außenminister empfing Mitte März eine Delegation hochrangiger Hisbollah-Persönlichkeiten, um unter anderem das Thema Syrien zu besprechen. Nun berichtet die libanesische Tageszeitung "al-Akhbar" über die mögliche Eröffnung einer Hisbollah-Repräsentanz in Moskau.

Die russische Regierung und die Hisbollah erwägen nach hochrangigen Treffen zwischen beiden Seiten im vergangenen Monat die Eröffnung einer Repräsentanz für die libanesische Volksorganisation in der Hauptstadt Moskau.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow empfing in Moskau am 15. März eine Delegation hochrangiger Hisbollah-Persönlichkeiten unter der Leitung von Mohammad Raad, dem politischen Führer des Hisbollah-Blockes im libanesischen Parlament. Dieses Treffen war seit Oktober 2011 der zweite Hisbollah-Besuch in Moskau. Der Besuch der vierköpfigen Hisbollah-Delegation in Russland fand zu einem Zeitpunkt statt, da Libanon in seiner schlimmsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten sowie in einer politischen Pattsituation über die Bildung einer neuen Regierung steckt.

"Beide Seiten betonten die Notwendigkeit, die bilateralen Gespräche zu stärken und direkte Kommunikationskanäle zwischen der Partei und Moskau zu schaffen, während sie die Möglichkeit prüften, eine Repräsentanz für die Hisbollah in der russischen Hauptstadt einzurichten", kommentierte die libanesische Tageszeitung al-Akhbar das Treffen am Dienstag. Die beiden Seiten sollen beim Treffen in Moskau auch die Situation im Jemen, im Irak, in Syrien und in Palästina erörtert haben.

Die Jerusalem Post reagierte am Mittwoch auf die Nachricht von al-Akhbar und stellte dabei die Frage, warum denn Russland die Möglichkeit eines Hisbollah-Büros prüfen sollte. Sollte

der mögliche Schritt zu stärkerem russischem Einfluss in der Region führen oder sei dies lediglich "ein Trick der Iraner-Hisbollah" gewesen, um die Stimmung Moskaus zur Aufwertung der Rolle der Hisbollah in der Region zu testen? "Es bleiben viele Fragen zu dem Bericht offen und warum er einen Monat nach den Sitzungen zur Sprache gebracht wird", kommentierte die israelische Zeitung weiter.

Mit der möglichen Eröffnung eines Büros der Hisbollah würde Russland einen erweiterten geopolitischen Spielraum im Hinblick auf Libanon gewinnen, kommentierte auch die iranische Nachrichtagentur Tasnim News, die der Iranischen Revolutionsgarde nahesteht.

"Russland versucht offenbar, die Syrien-Frage wieder auf einen diplomatischen Weg zu bringen", sagte der Experte des russischen Rates für internationale Angelegenheiten, Anton Mardasow, nach dem Besuch der Hisbollah-Delegation in Moskau.

Russland scheint offenbar neue Kanäle mit allen wichtigen Akteuren nutzen zu wollen, ohne sich vollständig mit irgendeinem darunter zu identifizieren. Dabei ist anzumerken, dass der Besuch der Hisbollah-Delegation unmittelbar vor dem für den 17. März geplanten Besuch der israelischen Außenminister Gabi Aschkenasi in Moskau stattfand. Die Ankunft der beiden Delegationen folgte auch unmittelbar auf eine Reise von Außenminister Lawrow an den Persischen Golf, bei der er sich mit den Vertretern der Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabiens und Katars traf, um die Wiedernormalisierung der Beziehungen von Syrien zu den Golfstaaten anzukurbeln.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/606d988ab480cc02a41b1b1a.JPG>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 7. April 3:00 Uhr bis 8. April 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 6.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: Mörser 120mm – dreimal (21 Mörsergeschosse); Abwehrgeschütz – einmal (10 Schüsse).

Richtung Mariupol: automatische Granatwerfer – zweimal (44 Granaten).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaften: **Donezk, Stadtteil Oktjabrskij, Wesjoloje, Luganskoje, Leninskoje, Kominternowo.**

Infolge des Beschusses der BFU auf Kominternowo wurde die Fassade des Wohnhauses in der Achmatow-Straße 15 beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 75.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 8 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Deutschland will bilateralen Vertrag für Ankauf von „Sputnik V“ aushandeln – Reuters**

Nach dem gemeldeten Verzicht Brüssels auf einen Vorvertrag zur Beschaffung des russischen Impfstoffs „Sputnik V“ will Deutschland nach Informationen der Nachrichtenagentur Reuters einen bilateralen Vertrag für den Ankauf des russischen Vakzins „Sputnik V“ aushandeln. In der Sitzung der EU-Gesundheitsminister habe die EU-Kommission am Mittwoch erklärt, keinen Vorvertrag zu „Sputnik V“ wie mit den anderen Impfstoffanbietern schließen zu wollen, berichtet die Nachrichtenagentur unter Verweis auf Teilnehmerkreise. Bundesminister Jens Spahn habe bei dem Treffen angekündigt, dass Deutschland nunmehr bilateral einen Vertrag aushandeln werde, um sich den Impfstoff zu sichern. Zuerst müsse dabei geklärt werden, welche Mengen Russland überhaupt wann liefern könne. In jedem Fall setze Deutschland aber weiterhin auf eine europäische Zulassung, habe Spahn betont. Moskau müsse der europäischen Arzneimittelagentur EMA dafür nun die notwendigen Daten liefern. Die Bundesregierung dringt seit längerem darauf, dass die EU-Kommission auch über einen möglichen Ankauf dieses Serums verhandelt. EU-Kommissar Thierry Breton hatte das als nicht notwendig bezeichnet, weil sich die EU bereits genügend Impfstoff von anderen Herstellern gesichert habe. Etliche EU-Staaten haben sich aber auf bilateralem Weg bereits Dosen von „Sputnik V“ gesichert. CSU-Chef Markus Söder hat angekündigt, dass Bayern einen Vorvertrag für den Bezug von „Sputnik V“ mit einem Hersteller in Illertissen schließen werde. Sollte das Vakzin in Europa zugelassen werden, dann werde der Freistaat rund 2,5 Millionen Impfdosen voraussichtlich im Juli erhalten, hieß es. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich mehrmals für den Einsatz des russischen Vakzins „Sputnik V“ ausgesprochen, wenn dies eine Zulassung für Deutschland erhalte.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/1f/1515830_0:72:3385:1976_1280x0_80_0_0_5776590b256275224ec89b2713d670fc.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 8. April um 9:00 Uhr 3913 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 3231 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 338 Todesfälle.

snanews.de: **Israel greift Umgebung von Damaskus mit Raketen an: Vier syrische**

Soldaten verletzt

Die syrische Luftabwehr hat gegen Mitternacht einen israelischen Raketenangriff auf die Umgebung im Süden von Damaskus abgewehrt, wie die Agentur Sana am Donnerstag unter Verweis auf eine militärische Quelle mitteilte. Dabei sollen vier syrische Soldaten verletzt worden sein.

Laut der Agentur hat Israel Objekte südlich der syrischen Hauptstadt von den besetzten Golanhöhen aus und aus dem Luftraum des Libanons angegriffen. Wie aus einer Erklärung der syrischen Armee hervorgeht, wurden beim israelischen Angriff auf die Umgebung von Damaskus vier syrische Soldaten verletzt.

„Um 00.56 Uhr Ortszeit (23.56 Uhr MESZ) hat das feindliche Israel eine Aggression von der Luft aus ausgeführt, mehrere Raketen aus dem Luftraum des Libanons abgefeuert und mehrere Objekte im Vorort von Damaskus angegriffen. Unsere Luftabwehr hat die meisten Raketen abgeschossen. Bei der Aggression wurden vier Militärs verletzt. Es entstand auch ein materieller Schaden“, heißt es.

Israelische Militärs haben nicht zum ersten Mal das Territorium Syriens beschossen.

Wiederholt hat die syrische Führung vom UN-Sicherheitsrat verlangt, Druck auf Israel auszuüben, um den Angriffen auf das Territorium der Republik ein Ende zu setzen. Solche Handlungen verletzen Syriens Souveränität und führten zu einer Zunahme der Spannungen in der ganzen Region.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/08/1604776_0:0:2949:1660_1280x0_80_0_0_0936a07dc4db09f6f9f7acf0b8611909.jpg

Mzdnr.ru: Am 7. April wurden in der DVR 448 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 156 positiv, bei 21 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 8. April um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 30.048 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

6221 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 21.523 als gesund entlassen, es gibt 2304 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 73 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 1 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 59 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 1063 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 522 mit Sauerstoffunterstützung (+23 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden im Ergebnis von 76 Express-tests 42 Patienten entdeckt, die eine Coronavirusinfektion bereits durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 786 Patienten entdeckt, die zuvor eine Covid-19 Erkrankung durchgemacht hatten.

nachmittags:

snanews.de: Mit Plasma gegen Corona: Weltweit erstes Präparat in Russland registriert

Das Mittel „Covid-Globulin“ aus Russland besteht aus Blutplasma von Menschen, die Covid-19 überstanden haben und dient der Behandlung von schweren Verlaufsformen der Erkrankung. Es hat bereits die erste Phase einer klinischen Studie hinter sich und soll sich wirksam und verträglich gezeigt haben. Jetzt wurde das Medikament vorsorglich registriert. In Russland wurde laut dem staatlichen Immunologie-Unternehmen „Nacimbio“ Anfang April das weltweit erste Präparat „Covid-Globulin“ registriert, das auf Blutplasma von Menschen basiert, die eine Covid-19-Erkrankung überstanden haben. Dieses Medikament soll – im Gegensatz zu einer präventiven Impfung – dann zum Einsatz kommen, wenn jemand bereits an Covid-19 erkrankt ist. ...



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/08/1608591_0:62:1701:1019_1280x0_80_0_0_71acf1773fcbd2d843cc7b728e77e2d4.jpg

ukrinform.de: Das Weiße Haus will Sondergesandten für Baustopp der Gaspipeline Nord Stream 2 ernennen

Die Administration des US-Präsidenten Joe Biden prüfe die Möglichkeit, das Amt eines Sondergesandten für internationale Verhandlungen bezüglich des Baustopps der Gaspipeline Nord Stream 2 zu etablieren.

Wie „Politico“ berichtet, solle Amos Holstein als Kandidat für dieses Amt vorgeschlagen werden.

Es ist bekannt, dass Holstein Ende des vorigen Jahres ein Mitglied des Aufsichtsrats Naftogas Ukrainy (der staatliche ukrainische Energiekonzern – Red.) war.

Es wird betont, dass das Vorhaben, einen Sondergesandten für Nord Stream 2 zu ernennen, auf einen neuen strategischen Fokus der US-Regierung hindeute. Zuvor waren Vertreter des Nationalen Sicherheitsrats der Vereinigten Staaten für Diplomatie bezüglich der Pipeline zuständig. Die komplizierte Geopolitik um Nord Stream 2 erfordere jetzt „scharfe Aufmerksamkeit“.

Wie Ukrinform berichtete, sei Nord Stream 2 einer der schwierigsten Punkte der amerikanischen Diplomatie bei den Beziehungen zu Deutschland. Die Biden-Regierung, die ihre Absichten zur Wiederherstellung der engen Beziehungen zu Berlin angekündigt hat, steht unter Druck seitens des US-Kongresses, den Bau der Pipeline Nord Stream 2 einzustellen. Laut Angaben des Betreibers des Nord Stream 2-Projekts wurden 2339 km (von 2460 km) oder 95% der Nord Stream 2-Gasleitung verlegt.

Vor knapp einem Jahr waren die Bauarbeiten an Nord Stream 2 dank der US-Sanktionen gestoppt worden. Die russische Seite hat allerdings mit Zustimmung der deutschen Seite die

Verlegearbeiten an der Gaspipeline Nord Stream 2 wiederaufgenommen.
Die Ukraine, die USA, Polen und die Baltikum-Länder treten gegen dieses Projekt aktiv auf.



https://static.ukrinform.com/photos/2018_10/thumb_files/630_360_1539194458-859.jpg

de.rt.com: **Palästinenserführung begrüßt Wiederaufnahme von US-Hilfszahlungen**

Die USA wollen die vom früheren US-Präsidenten Donald Trump gestoppte Unterstützung für Palästinenser wieder einführen. Dabei geht es unter anderem um Entwicklungshilfe für Projekte im Gazastreifen und im Westjordanland. Die Palästinenserführung begrüßt den Schritt.

Die Palästinenserführung hat die Entscheidung der US-Regierung begrüßt, Hilfszahlungen an die Bevölkerung wieder aufzunehmen. Das Büro von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas teilte am Mittwochabend mit, die finanzielle Unterstützung werde der Bildung und der Gesundheit von Hunderttausenden Schülern und Millionen Menschen in palästinensischen Flüchtlingslagern zugutekommen. US-Hilfszahlungen würden auch dazu beitragen, Infrastruktur und Grundversorgung des palästinensischen Volkes zu gewährleisten, das unter der israelischen Besatzung lebe und unter der Corona-Pandemie leide.

Am Mittwoch hatte das US-Außenministerium mitgeteilt, man wolle die vom früheren US-Präsidenten Donald Trump gestoppte Unterstützung für Palästinenser wieder einführen. Außenminister Antony Blinken sagte, die Unterstützung diene auch dem Ziel, Fortschritte in Richtung einer Zwei-Staaten-Lösung zu machen.

Für humanitäre Hilfe sollen demnach zunächst 150 Millionen US-Dollar an die UN-Organisation UNRWA gehen. Weitere 75 Millionen US-Dollar Entwicklungshilfe sind für Projekte im Gazastreifen und im Westjordanland bestimmt. Für Maßnahmen zur Friedensbildung sollen zehn Millionen US-Dollar eingesetzt werden. Die US-Regierung will außerdem die Unterstützung in Fragen der Sicherheit wieder aufnehmen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/606eb95c48fbef58dd67d152.JPG>

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Die verlogenen Friedensinitiativen der ukrainischen Seite, über die die offiziellen Persönlichkeiten ständig reden, sind nichts anderes als Versuche, die internationale Öffentlichkeit bezüglich der realen Lage der Dinge im Donbass in die Irre zu führen. Dabei geht der Beschuss von Seiten der BFU weiter.

Heute haben Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade, die ihre militärischen Fertigkeiten vor dem im Donbass eingetroffenen Präsidenten Selenskij demonstrieren wollten, auf Befehl des Kriegsverbrechers Kaschtschenko das Mörserfeuer auf **Wesjoloje** eröffnet. Insgesamt wurden 14 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Um die Zivilbevölkerung gegen den Beschuss der ukrainischen Kämpfer zu schützen, waren die Einheiten der Volksmiliz gezwungen, das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zu eröffnen und die Feueraktivität des Gegners zu unterdrücken. Die Verluste des Feindes werden noch ermittelt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass infolge von Beschuss **ein Verteidiger unserer Republik starb**. Wir bringen den Verwandten und Freunde des Toten gegenüber unser aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck.

Der Verstoß wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Es ist wichtig anzumerken, dass jeder Besuch der ukrainischen militärisch-politischen Führung von einer Verstärkung des Beschusses von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen begleitet ist, so versucht die Ukraine, ihren westlichen Partnern die Notwendigkeit einer Fortsetzung der militärischen Unterstützung zu demonstrieren.

rusvesna.su: In Odessa wurde das Denkmal für die im Gewerkschaftshaus Getöteten geschändet

In Odessa entweihten Anhänger der faschistischen Ideologie ein nationales Denkmal, das zum Gedenken an die am 2. Mai 2014 im Haus der Gewerkschaften Getöteten errichtet wurde. Laut der lokalen Ausgabe "Timer" wurden Kränze und Fotos der Toten von Ständen auf dem Kulikovo-Feld gerissen.

Wir erinnern daran, dass bei dem Brand im Haus der Gewerkschaften, bei dem die Anhänger der Odessa-Bewegung "Antimaidan" Zuflucht suchten und Dutzende friedlicher Aktivisten verbrannt wurden.

Neonazis schlugen an diesem schrecklichen Tag die Unglücklichen an den Ausgängen des Gebäudes. Laut der offiziellen Version der Untersuchung starben 48 Menschen und etwa 200 Menschen wurden verletzt. Die Untersuchung dieses Verbrechens in der Ukraine ist noch nicht abgeschlossen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/pravyi_sektor_kulikovo_pole_3.jpg

de.rt.com: **Medienberichte: Biden will Sanktionen gegen Russland wegen angeblicher Hackerangriffe**

Washington prüft Optionen für eine Antwort auf vermeintliche Hackerangriffe und eine Einmischung in die US-Wahlen durch Russland. Neben der Ausweisung von Diplomaten erwägen die USA Sanktionen gegen Putin nahestehende Menschen sowie einige Behörden. Als Reaktion auf vermeintliche Cyberangriffe und Einmischung in die US-Wahlen, für die Washington Moskau verantwortlich macht, erwägt die Regierung unter US-Präsident Joe Biden neue Sanktionen. Dies berichtet Bloomberg unter Berufung auf informierte Kreise. Das Weiße Haus hat mittels einer vom US-amerikanischen Unternehmen SolarWinds entwickelten Software eine Untersuchung von Daten über angeblich feindliche Handlungen Moskaus und einen Hackerangriff auf Regierungsbehörden abgeschlossen. Laut Bloomberg wird eine Reaktion der USA wahrscheinlich mehrere Elemente enthalten, darunter Sanktionen gegen Personen, die dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nahestehen, sowie gegen Behörden, die mit der Einmischung in die Wahlen in Verbindung stehen sollen.

Biden beauftragte die Untersuchung während seiner ersten Tage als Präsident. Damals nannte er vier Schwerpunkte: Einmischung in die US-Wahlen, Berichte über eine von Russland angebotene Belohnung für die Ermordung von US-Soldaten in Afghanistan, Hackerangriffe und die Vergiftung des russischen Oppositionellen Alexei Nawalny.

Im März hatte Biden in einem Interview mit ABC News angekündigt, Putin werde für die Einmischung in die Präsidentschaftswahlen "bezahlen" müssen. Zudem bejahte er die Frage, ob er Putin für einen Mörder halte. Der US-Präsident sagte damals:

"Wir hatten ein langes Gespräch. Ich kenne ihn relativ gut. Und das Gespräch begann mit der Tatsache, dass ich sagte: 'Ich kenne Sie und Sie kennen mich. Wenn ich feststelle, dass dies [Hackerangriffe und Einmischung in die Wahlen] passierte, dann seien Sie bereit'."

Im Dezember wurde ein großangelegter Hackerangriff bekannt, der auch auf Netzwerke der US-Regierung abzielte. Bloomberg berichtete, dass die Netzwerke von mindestens 200 Organisationen gehackt worden wären, darunter des Finanzministeriums, des Energieministeriums und der Telekommunikationsbehörde der USA.

Russland hat Vorwürfe, man würde in Wahlen eingreifen, Kritiker vergiften und Belohnungen

für den Mord an US-Soldaten anbieten, wiederholt zurückgewiesen. Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten, bezeichnete diese Anschuldigungen als "blinde Russophobie".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/606ed953b480cc187f3e0847.JPG>

ukrinform.de: **Telefonat mit Putin: Merkel fordert Abbau russischer Truppenverstärkungen nahe der Ukraine**

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Donnerstag eine Telefongespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin geführt.

„Gegenstand des Gesprächs war unter anderem die verstärkte russische Militärpräsenz im Umfeld der Ostukraine. Die Bundeskanzlerin forderte den Abbau dieser Truppenverstärkungen ein, um so eine Deeskalation der Lage zu erreichen“, wie die stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung, Ulrike Demmer, mitteilte. Weitere Themen des Telefongesprächs zwischen Merkel und Putin seien Syrien, Libyen Bosnien-Herzegowina, sowie der Fall Nawalny gewesen.

snanews.de: **Putin telefoniert mit Merkel: Lage im Donbass auf der Agenda**

Der russische Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel haben in einem Telefongespräch unter anderem auch die jüngste Eskalation im ostukrainischen Konfliktgebiet Donbass besprochen. Dies berichtet der Pressedienst des Kremls am Mittwoch.

Demnach ist eine Reihe aktueller internationaler Themen ausführlich diskutiert worden. Bei dem Meinungsaustausch über die Lösung des internen Ukraine-Konflikts hätten sich Putin und Merkel besorgt über die Eskalation der Spannungen im Südosten der Ukraine gezeigt, so die Mitteilung.

„Wladimir Putin machte auf die provokativen Aktionen Kiews aufmerksam, das in jüngster Zeit die Situation auf der Kontaktlinie gezielt verschärft“, hieß es.

Es sei betont worden, dass die Regierung in Kiew die zuvor erzielten Vereinbarungen strikt umsetzen müsse, vor allem über einen direkten Dialog mit den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk, aber auch über die Schaffung der rechtlichen Grundlage des Sonderstatus von Donbass.

Die Konfliktparteien seien zu Zurückhaltung aufgefordert worden. Auch sei darauf hingewiesen worden, dass der Verhandlungsprozess in Schwung gebracht werden müsse, damit die Minsker Vereinbarungen von 2015, welche die unbestrittene Grundlage für die Beilegung sind, voll und ganz umgesetzt werden könnten. Berlin und Moskau wollten weiterhin eng kooperieren, unter anderem im Rahmen des Normandie-Formats. Auch politische Berater und die Außenministerien sollten einbezogen werden.

Verschärfte Spannungen in der Ostukraine hatten zuletzt international Besorgnis ausgelöst. Beobachtern der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zufolge liegt die Zahl der Verstöße gegen die Waffenruhe jedoch weiter deutlich unter der des Vorjahres.

Moskau zeigte sich bereits besorgt über die Lage in der Konfliktregion. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, erklärte am vergangenen Freitag, Russland sei keine Konfliktpartei und könne eine umfassende Waffenruhe im Donbass nicht gewährleisten, nutze aber den eigenen Einfluss für die Einhaltung der Abkommen.

Selenskis Frontbesuch

Am Donnerstag war berichtet worden, dass der ukrainische Staatschef Wladimir Selenski im Donbass eingetroffen ist und die Militärs an der Frontlinie besucht hat, wo die meisten Verstöße gegen den vereinbarten Waffenstillstand verzeichnet worden waren. Selenski habe mit den Armeeangehörigen die Situation im Kriegsgebiet besprochen, teilte am Donnerstag der Pressedienst des Staatsoberhauptes mit.

„Selenski besuchte die Positionen der Militärs an der vordersten Verteidigungslinie, an der die meisten Verstöße gegen den umfassenden und nachhaltigen Waffenstillstand verzeichnet wurden“, hieß es in der Mitteilung.

Zuvor hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenski in einem Telefongespräch mit Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg um die Aufnahme der Ukraine in die Nato gebeten. Die Nato sei der einzige Weg, um den Krieg im Donbass zu beenden, sagte Selenski laut einer Mitteilung. Schon jetzt beteiligt sich die Ukraine an den Nato-Übungen wie dem Manöver „Defender Europe 2021“.

Seit knapp sieben Jahren kontrollieren die selbsterklärten Volksrepubliken Teile der Gebiete Donezk und Lugansk entlang der russischen Grenze. Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in die östlichen Regionen um Donezk und Lugansk geschickt, die nach dem Umsturz in Kiew im Februar ihre Unabhängigkeit erklärt hatten.

Der seitdem andauernde militärische Konflikt zwischen Kiew und den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk hat nach UN-Angaben bislang 13.000 Menschen das Leben gekostet. Unter Vermittlung der Minsker Kontaktgruppe vereinbarten die Konfliktparteien seit September 2014 dreimal einen Waffenstillstand, der jedoch nie eingehalten wurde.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/08/1612084_0:32:3527:2016_1280x0_80_0_0_1d7358e5ce98c9b82906d61d2f7002c4.jpg

Armijadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 07.04.2021

In den letzten 24 Stunden, vom 7. auf den 8. April, hat der Gegner weiter den geltenden

Waffenstillstand verletzt und dabei von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen und Technik eingesetzt.

In **Richtung Donezk** haben Besatzer aus der 58. Brigade dreimal das Mörserfeuer auf **Wesjoloje** und den **Kiewskij-Bezirk von Donezk** eröffnet und 21 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Außerdem haben Kämpfer der 28. Brigade der BFU von den Positionen in der Nähe von Nowomiachajlowka das Feuer mit einem Abwehrgeschütz auf **Luganskoje** eröffnet.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer aus der 36. Marineinfanteriebrigade **Kominternowo** und **Leninskoje** mit automatischen Granatwerfern beschossen und 44 Granaten abgefeuert. Infolge des Beschusses durch die ukrainischen Besatzer auf Kominternowo wurde die Fassade des Hauses in der Achmatow-Straße 15 beschädigt.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 36. Brigade den Terror gegen die Bevölkerung der Republik fortgesetzt und **Leninskoje** und **Wesjoloje** mit Mörsern beschossen und 26 120mm- und 82mm-Mörsergeschosse abgefeuert.

Infolge des feindlichen Beschusses starb einer unserer Verteidiger.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 12 Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert wurden.

Kämpfer der 10. Gebirgsturmbrigade haben drei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Suchaja Balka stationiert.

Ein Schützenpanzer der 53. mechanisierten Brigade steht getarnt am westlichen Rand zwischen Wohnhäusern in Bogdanowka und einer in Starognatowka.

Besatzer aus der 36. Marineinfanteriebrigade haben 12 Panzer auf dem Gebiet ziviler Objekte in der Nähe von Priwolnoje und Makednowowka stationiert.

Die ukrainische Seite behindert weiter die Arbeit der internationalen Beobachter, indem sie die Funktion von Drohnen und Patrouillen der OSZE-Mission blockiert.

So haben Kämpfer des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eine Station „Bukowel-AD“ im Gebiet von Stepanowka, Schumy, Priwolnoje, Berdytschi, Perwomajskoje und Mironowka eingesetzt, um die Leitungskanäle von Drohnen der OSZE-Mission zu blockieren, um die Entdeckung von Waffen der 10., 36., 58. und 59. Brigade durch Drohnen der OSZE-Mission zu verhindern.

Es ist wichtig anzumerken, dass die Schaffung von radioelektronischen Störungen durch die Besatzer für die Leitungskanäle und GPS-Geräte von Drohnen der Mission in Stepanowka so stark waren, dass die Drohne nicht einmal starten konnte.

Wir schließen nicht aus, dass die ukrainischen Besatzer so versuchen, eine groß angelegte Ankunft von Militärtechnik an der Eisenbahnstation Konstantinowka, das sich in der Nähe befindet, zu verheimlichen, worüber wir bereits zuvor berichteten.

Die ukrainische militärisch-politische Führung unterlässt die Versuche nicht, westliche Staaten auf ihre Seite zu ziehen, darunter sind auch ehemalige Mitglieder der Warschauer Vertragsorganisation.

So ist heute nach uns vorliegenden Informationen **der Präsident der Ukraine Selenskiy in der OOS-Zone eingetroffen**, der die Einheiten an der Front inspizierte, sich mit dem Personal unterhielt und so versuchte, den moralisch-psychischen Zustand der ukrainischen Kämpfer zu verbessern, der in der letzten Zeit erheblich abgefallen ist.

Als ein zu besuchender Ort war Marjinka gegenüber von Donezk gewählt worden, das derzeit

von Einheiten der 28. mechanisierten Brigade besetzt ist. Dieser Verband nutzt dauernd terroristische Methoden des Krieges, indem sie Wohngebiete von Donezk beschießen und zielgerichtet auf Einwohner der Republik schießen. Gerade erst hat ein Scharfschütze der 28. Brigade am 22. März von den Positionen in Marinka aus einen 71 Jahre alten Großvater ermordet, der sich im Hof seines eigenen Hauses in Alexandrowka befand. Und gerade diese Terroristen und Faschisten will Selenskij ermutigen.

Es ist wichtig anzumerken, dass die wahren Erben Banderas nichts schuldig blieben und sich auf das Treffen mit dem Würdenträger vorbereiteten. Auf allen Positionen, die der oberste Kommandeur der ukrainischen Streitkräfte besuchte, waren Grußlosungen und Fahnen aufgezogen.

Eine von ihnen, die auf den Positionen der Besatzer in Marjinka gehisst war, geriet heute vor das Objekt unserer Beobachtungskameras an der Front. Natürlich erwies sich der gehissste Putzlappen als Fahne der Wehrmacht von Nazi-Deutschland.

Wie es heißt: wie das Land, so die Flaggen.

Wir hoffen, dass der heute in der Ukraine eintreffende Zbigniew Rau, Außenminister Polens, eines der Länder, die im zweiten Weltkrieg am meisten von der Hand der nazistischen Besatzer und Banderaleute gelitten haben, diese Symbolik, die überall in den ukrainischen Streitkräften genutzt wird, angemessen bewertet.

Nicht unwichtig ist die Tatsache, dass eine derartige Symbolik in demselben Gebiet im Vorfeld des Feiern des Tages des Sieges im Jahr 2019 von Kämpfern des Regiments „Asow“ gehisst wurde. Das Kommando der Besatzer hat damals auf diesen Ausfall der Neonazisten in keiner Weise reagiert, was nur die Hilflosigkeit der militärischen und politischen Führung der Ukraine im Kampf gegen die Nationalisten zeigt.

<iframe width="640" height="360" src="https://www.youtube.com/embed/W2M0zbIsA-0" title="YouTube video player" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/W2M0zbIsA-0>

Das Kommando der OOS ist von der Zunahme der Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils und Desertion von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der Operationszone beunruhigt.

So haben nach einem Bericht des Leiters des militärischen Rechtsordnungsdienstes in den letzten zwei Woche in der OOS-Zone 244 Kämpfer den Stationierungsort ihres Truppenteils verlassen, sechs davon mit der Waffe. Die größte Zahl von Deserteuren in der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ gab es in der 36. Marineinfanteriebrigade, die Positionen in Richtung Mariupol einnimmt. Dort flohen 44 Marineinfanteristen von insgesamt 183 Deserteuren in der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“.

Aber den ersten Platz bei der Zahl von Flüchtlingen nimmt die 10. Gebirgss Sturmbrigade ein, in der 52 Kämpfer eigenmächtig den Truppenteil verließen.

Nach Angaben des Leiters der militärischen Rechtsordnungsdienstes wurde ein Teil der Flüchtigen festgenommen. In ihren Aussagen teilen die Festgenommenen verschiedene Ursachen mit, die sie zur Flucht getrieben haben – familiäre Probleme, nicht ordnungsgemäße gegenseitige Beziehungen und ein niedriges Versorgungsniveau.

Außerdem nannte mehr als die Hälfte der festgenommenen Flüchtigen als Ursache der Flucht den Unwillen, sich an Kampfhandlungen zu beteiligen, die nach ihrer Meinung derzeit auf dem Hintergrund der Verschärfung an der Front möglich sind.

Nicht unwichtig ist die Tatsache, dass von den Deserteuren 18 Prozent Offiziere sind. Als einer der letzten floh Leutnant Bogdanowitsch, Kommandeur eines Zugs eines Panzergrenadierbataillons der 72. mechanisierten Brigade, der den Stationierungsort des Truppenteils zum Abholen eines Päckchens auf der Post von Awdejewka verließ, aus der OOS-Zone fuhr und Kameraden mitteilte, dass der Erhalt seines Leben und die Sorge um die Mutter in der Oblast Sumy wichtiger sei als die Verteidigung des Landes gegen angebliche

äußere Gefahren.

de.rt.com: **Dmitri Kosak: Russland wird Donbass-Bewohner im Ernstfall schützen**

Im Donbass eskaliert der Konflikt mit den ukrainischen Streitkräften wieder. Der Kreml zeigt sich besorgt über diese Situation. Vor diesem Hintergrund schließt Russland eine Unterstützung für die nicht anerkannten Republiken nicht aus.

Auf einer Pressekonferenz am Donnerstag hat der stellvertretende Chef der russischen Präsidialverwaltung Dmitri Kosak erklärt, dass Russland die Donbass-Bewohner schützen werde, wenn sich die Situation zu sehr zuspitzen sollte.

"Alles wird vom Ausmaß des Konflikts abhängen. Wenn man dort ein Srebrenica organisiert, wie unser Präsident sagt, werden wir offenbar gezwungen sein, die Bewohner zu schützen."

Kosak zufolge befinden sich zurzeit "kampferfahrene Milizen" im Donbass, die die Region selbst verteidigen könnten. Für Moskau bestehe keine Notwendigkeit, sich einzumischen.

Alles hänge von der anderen Seite ab, betonte der Beamte.

Beim Massaker von Srebrenica in Bosnien und Herzegowina im Jahr 1995 waren ungefähr 8.100 Muslime umgebracht oder für vermisst erklärt worden. Diese Ereignisse wurden von UN-Gerichten als Völkermord eingestuft. Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und bosnische Gerichte erließen in den Jahren nach dem Bosnienkrieg eine Reihe von Verurteilungen wegen Verbrechen in Srebrenica. Der ICTY betrachtet General Ratko Mladić und den damaligen politischen Führer der bosnischen Serben Radovan Karadžić als die Hauptverantwortlichen für die Massaker an Muslimen.

Am Dienstag telefonierte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg über die aktuelle Eskalation des Konflikts in der Ostukraine.

Anschließend erklärte Selenskij, dass ein NATO-Beitritt der Ukraine der "einzige Weg" sei, um den Krieg im Donbass zu beenden. Zugleich sei es ein "klares Signal für Russland". Der Kremlsprecher Dmitri Peskow sagte, der NATO-Beitritt der Ukraine würde die Situation nur erschweren. Zudem würden Millionen Menschen in den selbsternannten Republiken solche Entscheidung der Regierung in Kiew als inakzeptabel bezeichnen, fügte Peskow hinzu.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/606f22e448fbef736d6b2836.jpg>

Mil-lnr.info: **Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko**

Nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden eine Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 59. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Schapowalow **Logwinowo** mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen. ...

rusvesna.su: **Der ukrainische Botschafter fordert Merkel auf, die Beziehungen zu Russland abzubrechen**

Der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrej Melnik, forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin im Falle einer "neuen Welle militärischer Aggression" in Donbass eine "scharfe Warnung zu senden, und fatale Folgen anzudrohen".

Der Diplomat sagte dies in einem Kommentar an die deutschen Medien, die dem edaktionsnetzwerk Deutschland (RND) angehören und Dutzende von Zeitungen herausgeben. Melnik sei schockiert, dass "in Deutschland die massivsten Truppenbewegungen in der modernen Geschichte Russlands und die größte Konzentration seiner Armee in der Nähe der Grenzen der Ukraine nur als Bedrohung angesehen werden".

"Wir sprechen über konkrete Kriegsvorbereitungen und die sehr ernste Gefahr eines neuen Angriffs auf die Ukraine", sagte er.

Der Diplomat listete die Maßnahmen auf, sich die Ukraine im Falle der "Ausweitung der Aggression" Russlands wünschen würde:

- völliger Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit der Russischen Föderation;
- Gasembargo;
- Einfuhrverbot für Öl und Kohle aus der Russischen Föderation;
- endgültiges Verbot des Baus der Nord Stream 2-Gasleitung;
- Einfrieren des russischen Staatseigentums;
- internationaler Boykott und Isolation Russlands;
- Zurückweisung seiner Führung;
- neue Verschärfung der Sanktionen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/merkel_smeetsya.jpg

abends:

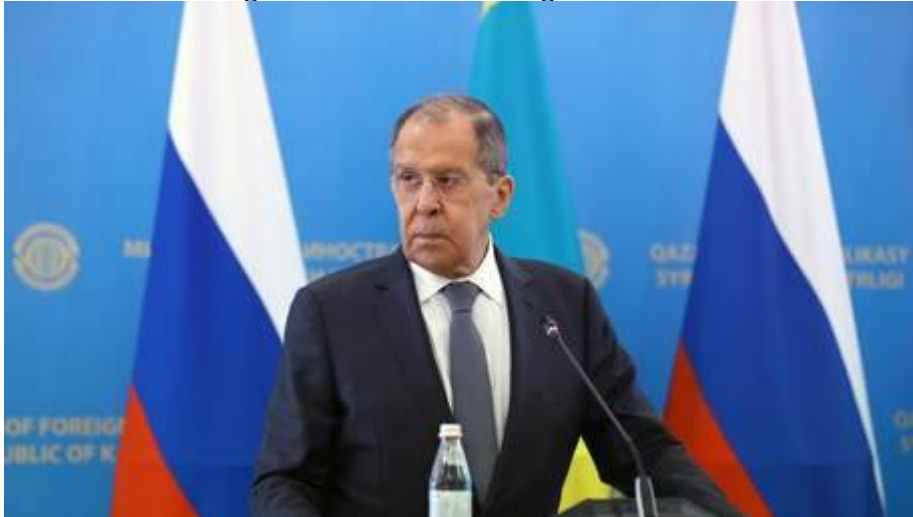
de.rt.com: **Lawrow: Vereinigte Staaten und ihre Verbündeten sind unzuverlässige Partner**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat während einer Pressekonferenz verkündet, die USA und ihre Verbündeten seien unzuverlässige Partner. Der Diplomat betonte, sogar der Atlantic Council veröffentlicht nun Akten, wo die US-Politik zu Russland kritisiert wird. Weder die Vereinigten Staaten noch ihre Verbündeten seien zuverlässige Partner. Dies hat Sergei Lawrow, der russische Außenminister, während einer gemeinsamen Pressekonferenz nach Gesprächen mit dem kasachischen Außenminister Muchtar Tileuberdi in Nur-Sultan erklärt:

"In Schlüsselbereichen für den Lebensunterhalt des Staates können wir uns nicht auf ihre Stimmung verlassen und auf den Fuß, mit dem sie morgens aufstehen."

Mittlerweile betonte der russische Außenminister, dass sogar der Atlantic Council nun Akten veröffentlicht, wo die US-Politik zu Russland kritisiert wird. Lawrow kommentierte auch die mögliche Ernennung eines US-Sonderbeauftragten für Nord Stream 2: "Er wird einfach fahren und alle bedrohen". Diese politische Linie der USA bezeichnete Sergei Lawrow als aussichtslos und sogar begriffsstutzig.

Der russische Spitzendiplomat merkte ebenfalls an, dass der lange Prozess der Zulassung des Sputnik-V-Impfstoffs durch die Europäische Arzneimittel-Agentur in Europa und in vielen anderen Ländern bereits Unzufriedenheit hervorruft. Darüber hinaus sprach Sergei Lawrow über die Unzulässigkeit der Einschränkung der Menschenrechte für Reisen mit Impfpässen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/606f1f3248fbef739044e804.jpg>

de.rt.com: **Russland fordert von Slowakei Rückgabe des Sputnik-V-Impfstoffes**

Der Russische Fonds für Direktinvestition, der die Entwicklung des russischen Vazkzins finanziert hatte, forderte die slowakischen Behörden auf, den in das Land gelieferten Sputnik-V-Impfstoff zurückzugeben. Dies sei durch mehrfache Vertragsverletzungen bedingt. RDIF, der Russische Fonds für Direktinvestition, hat von der Slowakei gefordert, den Sputnik-V-Impfstoff zurückzusenden, um diesen in anderen Ländern einzusetzen. Laut RDIF erfolgte dies, da die slowakischen Behörden mehrfach den Vertrag verletzt hatten. Wie auf dem Twitteraccount des RDIF zu lesen, wurde der entsprechende Brief an die Slowakei am 6. April gesendet.

Der RDIF gab auch bekannt, dass die Tests von Sputnik V nicht in einem zertifizierten EU-Labor durchgeführt wurden, obwohl der RDIF darauf bestanden hatte. Daraufhin startete die slowakische medizinische Regulierungsbehörde nach Angaben des RDIF eine Desinformationskampagne gegen den Impfstoff und plane künftig Provokationen. Allerdings erklärte der RDIF, dass der Fond sich weiterhin dafür einsetzt, die Menschen in der Slowakei bei der Impfung durch Sputnik V zu unterstützen. Die erste Charge von Sputnik V war bereits im März in die Slowakei geliefert worden. Die Kaufentscheidung wurde von Premierminister Igor Matovič getroffen. Er tat dies ohne Rücksprache mit seinen Koalitionspartnern, was schließlich zu seinem Rücktritt führte.